

Sehr geehrter Vorsitzender Herr Dr. Reuter,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen im Kreistag,
sehr geehrter Herr Kreiskämmerer Schmidt!

Heute beraten wir über einen Haushalt, der zum letzten Mal durch den langjährigen Kreiskämmerer Herr Schmidt eingebracht wird. Ich möchte **ihnen**, Herr Schmidt, unseren Dank für Ihre verantwortungsbewusste und zuverlässige Arbeit bei der alljährlichen Aufstellung des Haushaltsplans aussprechen.

Eine Betrachtung des Landkreishaushalts für das Jahr 2010 ist politisch nicht denkbar, ohne die Beobachtung der Großwetterlage in der Wirtschaft und der Landes- und Bundespolitik!

Wir, und damit **meine ich alle hier im Kreistag**, müssen die ungünstigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen bei der Gestaltung des Haushalts, besonders in den kommenden Jahren berücksichtigen.

Dabei kann es uns ähnlich wie beim Winterdienst ergehen:

Wenn wegen der anhaltend winterlichen Wetterlage das Streusalz ausgeht, haben wir Probleme aufgrund von Engpässen kurzfristig Nachlieferungen zu bekommen.

Genauso werden die Engpässe in der Wirtschaft in den kommenden Jahren zu rückläufigen Finanzmitteln in den Kommunen **besonders aus der Gewerbesteuer führen!**

Das Wetter können wir nicht zur Rechenschaft ziehen!

Aber: Wenn es um das Stichwort Finanzkrise geht, **dann wissen wir sehr genau**, wer uns hier das Unwetter beschert hat und die Verantwortung trägt.

Das sind **zuallererst die Banker: Deren Gier** hat uns die größte Finanzkrise der Nachkriegszeit beschert. Es ist kaum zu fassen, mit welcher teilweiser krimineller Energie Bankkunden abgezockt wurden.

Danach kommt schon **die Bundesregierung**, die mit Gesetzen, wie dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz **nur ihre Klientel** bedient!

Mit Steuergeschenken treibt die Bundesregierung die Verschuldung **in unverantwortlicher Art und Weise in die Höhe!** Was sind hier 100 Mio. Euro mehr an Schulden? Hier fehlt den verantwortlichen Politikern jeglicher Bezug zur Realität!

(Um die Steuergeschenke zu kompensieren müssten wir in den nächsten Jahren 7% Wirtschaftswachstum haben. Der IWF hat für 2010 1,5% prognostiziert.)

„Für Steuersenkungen zahlen nur die Armen“, so dazu der Politökonom Henrik Enderlein. (Artikel in der FAZ)

Und wenn wir mal ehrlich zueinander sind, ...

es bleibt doch der schwarz-gelben Bundesregierung **auf Dauer gar nichts anderes übrig**, als die Steuergeschenke mit höheren Beiträgen für Gesundheit, Rente und Arbeitslosigkeit zu kompensieren.

Und hier trifft es vor allem die breite Masse und hier - wenn ich das mal so bezeichnen darf – **konkret die „kleinen Leute“**.

Aber nicht nur das.

Wie Sie alle wissen, wirkt sich diese Gesetzgebungspolitik teilweise verheerend auf unsere Kommunen aus. Das sogenannte Wachstumsbeschleunigungsgesetz bringt ein Minus von 1,6 Mrd. Euro, das Gesamtfinanzierungsdefizit der Kommunen liegt sogar bei -12 Mrd. Euro. **Diese Mindereinnahmen wirken wie eine eisige Polarluft auf die eh schon klammen Haushalte der Kommunen.**

Damit sich der Wetterhahn wieder dreht, müssten die Forderungen des Deutschen Städte- und Gemeindebundes umgesetzt werden.

Ich möchte hier nur drei der wichtigsten Forderungen aus dem Katalog des Deutschen Städte- und Gemeindebundes nennen, die wir alle hier im Kreistag unterstützen sollten, oder besser; unterstützen müssen:

Die **erste** betrifft

- die Erhöhung der Bundesbeteiligung bei den Kosten der Unterkunft für SGB II – Empfänger. Auch bei uns im Landkreis geht die Schere auseinander. So steigt im Jahr 2010 die Zahl der Bedarfsgemeinschaften wieder an; und das paradoxe ist: Gleichzeitig sinken die Zuweisungen für die Kosten der Unterkunft durch den Bund!

Dazu kommt, dass die **Regierung nicht einmal in der Lage ist**, einen tragbaren Vorschlag für die Neuorganisation der Job-Center vorzulegen. Beim Sturm auf das Tor **rutschte die Ministerin auf dem glatten politischen Spielfeld** aus, weil sie von der eigenen Mannschaft **gefoult** wurde. Zum Glück geht jetzt der Weg doch in Richtung einer Grundgesetzänderung.

Die **zweite Forderung** betrifft

- die Kompensation der Steuermindereinnahmen der Städte und Gemeinden im Rahmen des Wachstumsbeschleunigungsgesetzes.

Die **dritte Forderung**, die wir aus meiner Sicht unbedingt aufgreifen müssen, betrifft

- die Entwicklung eines dauerhaften Konzepts, mit dem die Finanzierung der gesetzlichen Aufgaben der Kommunen ohne ständige Neuverschuldung gesichert wird. Dazu gehört insbesondere eine starke Gewerbesteuer.

Sie ist einfach Grundvoraussetzung für die finanzielle Handlungsfähigkeit der Kommunen und damit der Zukunftsfähigkeit kommunaler Haushalte

Die SPD stand schon **immer** zu dieser Aussage!

Viele Kommunen müssen jetzt mit Einfallsreichtum agieren. Ein schönes Beispiel fand ich bei der Stadt Köln. Hier schlägt der neue OB der **Klientelpolitik** ein Schnippchen, in dem auf den Übernachtungspreis der Kölner Hotels eine 5%ige städtische Sondersteuer geschlagen wird. Mit 20 Mio. Mehreinnahmen wird gerechnet!

Überlegungen anderer Städte sehen vor, nachts die Straßenbeleuchtungen abzuschalten oder die Wassertemperatur in den Hallenbädern zu senken, was aber zwangsläufig zu weniger Badegästen führen wird.

Mein dritter Punkt aus der Großwetterlage betrifft eine von **Menschenhand** verursachte Klimakatastrophe. Sprich: Es geht um das Milliardenesaster bei der Bayerischen Landesbank.

In den Bergen gibt es wenigstens vom Wetterdienst noch **Lawinwarnungen**.
Dafür gibt es auch Fachleute!

Aber CSU-Politiker wie Stoiber, Beckstein, Huber, Faltlhauser, Schaidinger und Schmid waren scheinbar nicht in der Lage Risiken und Folgen schlechter Bankgeschäfte zu erkennen und **rissen damit die Bayerische Landesbank lawinenartig in den Ruin**.

Ja, man muss sich **die Zahlen**, die **diese „Möchte-Gerne-Banker“ aus der CSU versenkt haben**, auf der Zunge zergehen lassen:

3,8 Mrd. Euro Verluste bei der Bayerischen Landesbank,

10 Mrd. Euro Unterstützung der Bayerischen Landesbank durch Kredite der Staatsregierung.

400 Mio. Euro Zinsen kostet das die bayrischen Steuerzahler jährlich.

Dafür könnte man dauerhaft **5.000 Lehrer** mehr beschäftigen oder

10 Jahre lang jedem Schüler **ein warmes Mittagessen** spendieren

Dies sind je Einwohner **800 Euro** nur für die Schulden durch die BayernLB.

Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen im Kreistag, ich kann **Ihnen gratulieren....**

Jawir alle, auch Sie sind pro Person mit 800 Euro dabei!

Stellen Sie sich einmal vor, wie man gerade in diesen schwierigen Zeiten ohne die **milliardenschwere** Misswirtschaft bei der Bayerischen Landesbank den kommunalen Finanzausgleich für die Kommunen hätte aufstocken können!

Wie stellen sich nun die Politiker ihrer Verantwortung?

Sie sehen sich nicht verantwortlich, **nein** nicht die Politik, **nein**die Aufsichtsräte waren die Schuldigen!

In diesen Zeiten hört man von der CSU immer weniger das selbstbewusste:

„Mir san mir“

Man hört jetzt immer öfter ein trotziges: **„Mir warn´s net“**

Durch die anhaltende finanzielle Schlechtwetterlage stellt der vorliegende Haushalt 2010 **weder für die Landkreisverwaltung noch für die Politik** ein rundum **Sorglospaket zum Geldausgeben** dar.

Die Projekte des Finanzhaushalts belasten intensiv die kommenden Jahre. Die wenigsten davon werden in 2010 abgeschlossen sein.

Die alljährlich zu den Haushaltsberatungen von der CSU angestoßene Diskussion einer Kreisumlagensenkung ist vernünftigerweise frühzeitig wieder eingestellt worden. Dafür gab es nicht den geringsten Spielraum.

Man muss dabei sehen, dass im Jahr 2008 der Landkreis mit dem Hebesatz der Kreisumlage um 4,5 % unter dem Landesdurchschnitt lag. Dies ist positiv für die kreisangehörigen Kommunen aber negativ in Hinblick auf die Schulden des Landkreises. Ende 2007 hatten wir eine pro-Kopf-Verschuldung von 296 Euro – bayernweit lag der Durchschnitt bei nur 254 Euro.

Die Umlagekraftzahl (das Steueraufkommen der Kommunen) für die Berechnung der Kreisumlage für 2010 lag auf einem **Rekordniveau**. Es fließen rund 67,6 Mio. Euro von den Kommunen an den Landkreis.

Ein Wermutstropfen ist, dass die hohe Umlagekraft uns gleichzeitig niedrigere Schlüsselzuweisungen beschert. Dazu kommt die Erhöhung der Bezirksumlage.

Die Folge: Unterm Strich fast ein Nullsummenspiel!

Es ist Haushaltsdisziplin gefragt!

Die Nettoneuverschuldung muss begrenzt werden!

Das ist ein Ziel der SPD-Fraktion.

Im Kreisausschuss hatten wir zur Reduzierung der Nettoneuverschuldung beschlossen, die Ausgaben im Haushaltsplanentwurf um mindestens 800T Euro zu senken.

Der Kürzungsvorschlag der Verwaltung geht sogar weit über unsere Vorgabe hinaus. Die Nettoneuverschuldung reduziert sich damit auf 1.458.200 Euro. Dies ist für uns positiv! Der derzeitige Schuldenstand von rund 58,6 Mio. Euro (incl. Zweckverband Realschule Bessenbach) könnte sich am Ende des Haushaltsjahres 2010 dann auf rund 60 Mio. Euro erhöhen.

Sorge macht uns die weitere Entwicklung des Finanzhaushalts für die Jahre bis 2013. Hier **erschrecken** die Zahlen. „**Schwarze**“ **oder auch** „**schwarz-gelbe**“ **Gewitterwolken ziehen auf** und bringen uns schon für das Haushaltsjahr 2011 einen erheblichen Rückgang der Einnahmen. Man kann hier von einem Minus von 10 Mio. Euro ausgehen. In 2012 wird das Unwetter noch heftiger werden. Das milliarden-schwere Fiasko der Bayerischen Landesbank wird uns die nächste Jahre **weiter verfolgen** und dazu führen, dass der kommunale Finanzausgleich in der bisherigen Höhe **nicht** zu halten sein wird.

Ohne konkret an eine Kreisumlagenerhöhung zu denken, müssen wir mit einer Nettoneuverschuldung für den Zeitraum von 2010 bis 2013 von rund 13 Mio. Euro rechnen. Die Prognose zum Schuldenstand Ende 2013 könnte **bei 70 - 71 Mio. Euro** liegen. Die jährlichen Zinszahlungen werden voraussichtlich 3 Mio. Euro betragen. Und da fehlen noch die Schulden, die in den kommenden Jahren im Zweckverband Realschule Großostheim aufgenommen werden. (ca. 8-10 Mio. Euro?).

Trotzdem, die Einführung einer Schuldenbremse unter Festlegung einer Höchstgrenze würden wir nicht für sinnvoll halten.

Um Haushaltsnotlagen vorzubeugen, sollten wir vielmehr die Wetterlage ständig beobachten, **um mit einem Frühwarnsystem – einem intelligenten Finanzmanagement** - die entscheidenden Prognosen treffen zu können.

Klar ist, wir müssen den Gürtel enger schnallen, dass eine oder andere Projekt muss sicherlich geschoben bzw. zurückgestellt werden.

(Wichtige Punkte: Wirtschaftliche Entwicklung, finanzielle Leistungsfähigkeit der Kommunen, Haushaltsausführung bzw. –bewirtschaftung des laufenden Haushalts mit Blick auf eine mittelfristige Haushaltsentwicklung und Finanzplanung)

Dennoch **die richtigen Schwerpunkte zu setzen**, das ist uns wichtig:

Schwerpunkte für uns enthält der Investitionshaushalt mit seinem Volumen von rund 16,7 Mio., die teilweise schon in den vergangenen Jahren angestoßen wurden, wie z.B. im Schulbereich:

- Erweiterung der Berufsschule III – Bauabschnitt I
- Sanierung Pestalozzischule und Dr. Albert-Liebmann-Schule mit Errichtung von Räumlichkeiten für die Ganztagschule
- Neu ist die Errichtung der 4. Realschule mit Turnhalle in Großostheim über einen gemeinsamen Zweckverband des Landkreises und dem Markt Großostheim (Einlage je 3 Mio. Euro).

Trotz unserer großartigen Bemühungen im Landkreis:

Unser deutsches Bildungssystem muss noch weiter verbessert werden, denn bundesweit

- verlassen jährlich **65 000 Schüler ohne Abschluss die Schule**,
- **es fehlen Lehrer**, Unterrichtsausfälle stehen auf der Tagesordnung,
- **300.000 Kinder und Jugendliche** weigern sich täglich in die Schule zu gehen,
- und **400.000 Langzeitarbeitslose** haben keinen Schulabschluss.

Bildung ist Zukunftsaufgabe unserer Gesellschaft.

Bildung ist uns wichtig ...und Ihnen ja auch!

Und weil dies so ist, werden wir in den kommenden Jahren an einem dritten Gymnasium vielleicht sogar mit Standort in Großostheim für den Landkreis nicht vorbeikommen!

Es gibt noch weitere Schwerpunkte mit zukunftsweisender Bedeutung, für die beachtliche alte Haushaltsreste zur Verfügung stehen:

- Die brandschutztechnische Sanierung des Kreiskrankenhauses in Wasserlos = Reste in Höhe von ca. 4,5 Mio. Euro – Kosten voraussichtlich 16 Mio. Euro.
- Die Erweiterung und Umbau des Klinikums = Reste in Höhe von 4 Mio. Euro – Anteil des Landkreises voraussichtlich 6 Mio. Euro

Wichtig ist uns auch der Aufbau der Integrierten Rettungsleitstelle. Hier leistet der Landkreis jährliche Zahlungen an den Zweckverband. Allerdings sind bislang noch keine Investitionskosten vorgemerkt.

Nicht unerwähnt lassen möchte ich den Schwerpunkt Straßenbau, der mit neuen Ansätzen von 4.485.000 Euro und 3.710.000 Euro an Resten einen großen Anteil am Finanzhaushalt hat. Dies ist auch der einzige Bereich, in dem bis zum Jahresende etliche Projekte abgeschlossen sein können.

Aber auch hier wird uns das frostige Winterwetter einen Strich durch die Rechnung mache. Wenn der Frost zurück geht, kommt die Schlaglochpistensaison auf uns zu. Die notwendigen Ausbesserungsarbeiten werden uns einiges kosten!

Aus dem Ergebnishaushalt möchte ich **einen Schwerpunkt** aufgreifen. Es geht um den Energieverbrauch in den Liegenschaften des Landkreises. Hier sehen wir noch ein **erhebliches Einsparpotential**, das in den kommenden Jahren sukzessive genutzt werden muss.

Hier sollte der Landkreis neue Wege gehen und sich mit dem Thema **Energie-Contracting** beschäftigen. **Vorteile** wäre die deutliche Verminderung von Energiekosten. Das erfreuliche daran, die Kosten für die Investitionen werden aus den daraus entstehenden Einsparungen finanziert.

Dazu gibt es auch ein **bayerisches Beispiel**.

Der Landkreis Weißenburg-Gunzenhausen hat bereits einen Vertrag über ein Einspar-Contracting mit einem Unternehmer geschlossen. Das Projekt betrifft die Kreisklinik Gunzenhausen. Auch dort stehen wie bei unserem Kreiskrankenhaus Sanierungen an, im Rahmen derer auch Energiesparmaßnahmen umgesetzt werden könnten.

Also:Warum nicht auch ein Thema für unseren Landkreis?

Die Vorlage eines Maßnahmen- und Energiebericht für die landkeiseigenen Liegenschaften im Umweltausschuss haben wir bereits beantragt.

Aber nicht nur **diese Initiative** ging von unserer Fraktion aus, sondern **einige mehr:**

Sie sind bei ihrer Umsetzung nicht immer kostenneutral. Wir sehen aber darin wesentlich politische Gestaltungsmöglichkeiten, deren Umsetzung positive Wirkung für den Landkreis hat oder haben wird:

- Wir haben die Einrichtung einer Kinderkrippe am Klinikum beantragt. Diese ist im Entstehen.
- Wir haben einen Antrag auf kostenfreie Behandlung zweier Kinder aus Krisenherden dieser Welt gestellt; hier wurden im Klinikum schon die ersten zwei Kinder behandelt.
- Wir möchten weiterhin unsere Freiwilligen Feuerwehren unterstützen. Daher unser Antrag auf Einrichtung einer Stelle aus dem Freiwilligen Sozialen Jahr. Damit soll die Nachwuchswerbung bei den Freiwilligen Feuerwehren intensiviert werden. Wir können damit auch die Brandschutzerziehung für Schülerinnen und Schüler an Schulen verstärken.
- Wir haben auch beantragt, dass der Landkreis die Dezentralisierung der Zulassungsstelle ermöglichen sollte. Hier kommen als potentielle Kandidaten die Gemeinden Mömbris, Großostheim und auch Schöllkrippen in Frage.
- Wir möchten den Bürgerinnen und Bürgern die umwelt- und datenschutzgerechten Entsorgung von vertraulichen privaten Unterlagen ermöglichen.

Sie sehen, wir, die SPD-Kreistagsfraktion **arbeitet** im Interesse der Bürgerinnen und Bürger **engagiert am politischen Geschehen im Landkreis** mit!

Unsere Kreativität wird die nächsten Jahre weiter **gefragt sein!**

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Vorsitzender, aber auch die folgende Erkenntnis muss in den kommenden Jahren in den Vordergrund gestellt werden:

Geld kann man nur einmal ausgeben, dies trifft umso mehr zu, wenn wenig davon da ist!

Die SPD-Fraktion stimmt dem Haushaltsplan in der vorgelegten Form zu.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.